

Reform der EU-Vorschriften für Straßennutzungsgebühren: Streckenbezogene Abgabe statt Vignette

„Deutsches Pkw-Maut-Modell wäre nicht mit EU-Recht vereinbar“

EU-Länder, die Straßennutzungsgebühren für einen bestimmten Zeitraum erheben, sollen Mautgebühren einführen, die von der zurückgelegten Fahrstrecke abhängen.

Das haben wir Abgeordneten jetzt mit großer Mehrheit beschlossen. Unsere Meinung steht fest: Die Mitgliedstaaten, die bereits Gebühren auf den Straßen des trans-europäischen Verkehrsnetzes erheben oder einführen wollen, sollten sie ab 2023 für Lkw und Busse und ab 2026 für Pkw und Motorräder entfernungsabhängig machen. Unserer Ansicht nach spiegeln zeitabhängige Straßengebühren (Vignetten) nicht die tatsächliche Straßennutzung wider und verleiten die Fahrer dazu, in der Zeit, für die sie bezahlt haben, mehr zu fahren. Sollte auch der EU-Ministerrat (die 28 Verkehrsminister der Mitglied-

staaten) zustimmen, wäre das beschlossene deutsche Pkw-Maut-Modell nicht mit dem neuen EU-Recht vereinbar.

Dass es zu dieser Entscheidung kommen würde, war schon lange abzusehen. Zwar werden keine Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, eine Maut einzuführen, aber diejenigen, die eine Maut haben beziehungsweise eine einführen wollen, müssten sich an die Vorgaben der neuen Richtlinie halten. Zudem sollen die Gebühren nach dem Schadstoffausstoß gestaffelt werden und die Einnahmen wieder in Verkehrsprojekte zurückfließen (statt nationale Haushaltslücken damit zu stopfen!). Staugebühren, wie sie vor allem von Linken und Grünen gefordert wurden, haben wir eine klare Absage erteilt. Leute, die im Stau stehen, sind schon genug gestraft. Sie dafür auch noch extra zur Kasse zu bitten, wäre reine Abzocke!

Bekämpfung unfairer Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette

Grünes Licht für Gespräche mit dem Ministerrat

Das EU-Parlament hat sein Verhandlungsmandat für ein neues EU-Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Handels in der Lebensmittelversorgungskette angenommen.

Damit kann das Verhandlungsteam des Parlaments nun mit der österreichischen Ratspräsidentschaft über den endgültigen Wortlaut der neuen Richtlinie, die die Landwirte besser vor unlauteren Handelspraktiken der Großunternehmen schützen soll, verhandeln.

Konkret haben wir uns zum Beispiel dafür ausgesprochen, verspätete beziehungsweise kurzfristige Auftragsstornie-

rungen zu verbieten. Ferner sollen Lebensmittelhersteller das verbriefte Recht erhalten, einen schriftlichen Liefervertrag abzuschließen. Außerdem wollen wir verhindern, dass die Lieferanten für die Entsorgung nicht verkaufter Lebensmittel zahlen müssen. Die Rechtslage in dieser Hinsicht ist in den Mitgliedstaaten derzeit ziemlich uneinheitlich. Das wollen wir ändern. Mit der neuen Richtlinie würde die EU erstmals einen legislativen Rahmen vorgeben, was faire beziehungsweise unfaire Handelspraktiken überhaupt sind. Sobald eine Einigung über den endgültigen Wortlaut steht, muss diese sowohl vom EU-Parlament als auch vom Rat nochmals bestätigt werden.

Aus dem Europäischen Parlament

Neues Bewertungs-Tool SELFIE unterstützt Schulen bei der Einführung digitaler Technologien

Programm hilft, Technologien zielgerichtet einzusetzen

Die EU-Kommission will europäische Schulen bei der Nutzung digitaler Technologien unterstützen.

Sie hat dafür SELFIE, eine Bewertungsmethode zum Einsatz digitalen Lernens, entwickelt. Schulen können damit jährlich eine Momentaufnahme über ihren aktuellen Stand beim Einsatz von digitalen Technologien erstellen und dann entscheiden, wie sie sich im nächsten Jahr verbessern möchten. Das Programm wird zunächst in 24 EU-Sprachen eingeführt, darunter auch Deutsch. Alle interessierten Schulen (obere Primarstufe, Sekundarstufe und Berufsschulen) können sich auf der SELFIE-Plattform anmelden und die Selbsteinschätzung in ihren Schulen durchführen.

Das Programm hilft dabei, Technologien zielgerichtet und umfassend in den Unterricht und ins Lernen einzubetten. Es soll dazu beitragen, die Bildung in Europa für das digi-

tale Zeitalter fit zu machen. Wenn eine Schule beschließt, SELFIE einzusetzen, beantworten die Schülerinnen und Schüler, die Schulleitung und die Lehrkräfte einige Fragen zum Einsatz von Technologien im Unterricht und zu Lernzwecken.

Das Instrument ist modular aufgebaut: Die Schulen können aus einigen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auswählen und zusätzlich bis zu acht zielgruppenspezifische Fragen beantworten, die auf ihre jeweiligen Bedürfnisse und Prioritäten zugeschnitten sind. Die Beantwortung der Fragen erfordert 20 bis 30 Minuten. Anschließend erhält die Schule einen genauen Bericht mit den Ergebnissen. Dieser kann dann für einen Dialog innerhalb der Schulgemeinschaft verwendet werden, um festzulegen, wie sich der Einsatz digitaler Technologien zu Lernzwecken verbessern lässt. Erfahren Sie mehr unter:

https://ec.europa.eu/education/schools-go-digital_de

EU unterstützt deutsche Natur- und Umweltschutzprojekte mit 43 Millionen Euro

Biodiversität und Ressourceneffizienz: LIFE-Projekte stehen fest

Die EU-Kommission stellt in diesem Jahr europaweit 243 Millionen Euro für Projekte im Rahmen des EU-Programms LIFE bereit. LIFE ist das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimapolitik. Es fördert den Übergang in eine nachhaltige und emissionsärmere Zukunft. Die Mittel fließen zum Beispiel in Projekte für Umwelt und Ressourceneffizienz, Natur und Biodiversität sowie Verwaltungspraxis und Information im Umweltbereich. In Deutschland werden durch LIFE sechs Projekte mit insgesamt 43 Millionen Euro unterstützt. Acht weitere grenzübergreifende Projekte mit Nachbarstaaten bekommen ebenfalls finanzielle Hilfe.

Eines der bezuschussten Projekte ist „Fluss und Aue Em-

mericher Ward“, das in Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen, der Kurt-Lange-Stiftung, der HIT Umwelt- und Naturschutzstiftung und dem NABU-Bundesverband gefördert wird. Ziel ist die Schaffung einer parallel zum Rhein verlaufenden durchströmten Nebenrinne in der Emmericher Ward sowie die Entwicklung eines größeren Auenwaldkomplexes in der angrenzenden Aue. Diese hat unter dem Ausbau des Rheins und dem damit einhergehenden gestiegenen Schiffsverkehr und der tiefer werdenden Fahrrinne stark gelitten. Ihr fehlt das nötige Wasser, um seinen tierischen Bewohnern und seiner Pflanzenvielfalt weiterhin ökologisch gerecht zu werden.

Mehr Transparenz bei Bankgebühren: Ab heute müssen Banken und Finanzdienstleister in der EU ihre Kunden besser über die Gebühren informieren, die mit der Eröffnung und Verwaltung von Bankkonten verbunden sind. Grundlage hierfür ist die reformierte EU-Zahlungskontenrichtlinie. So müssen Banken zum Beispiel den Kunden bei Kontoeröffnung ein „Entgeltinformationsblatt“, auf dem die Gebühren für die wichtigsten Dienstleistungen zusammengefasst sind, sowie mindestens einmal jährlich eine kostenlose Aufstellung dieser Gebühren vorlegen.

Erfahrungsbericht meines ehemaligen Praktikanten Ludwig Lorenz zu „DiscoverEU“

Wie mir die EU eine Interrail-Reise schenkte

Was bedeutet es, Europäer zu sein? Wo liegt die Gemeinsamkeit in einem Staatenbund von Nationen, Monarchien, Republiken, die unterschiedlicher nicht sein könnten. „In Vielfalt geeint“ ist der Leitspruch der Europäischen Union, aber was bedeutet er? Diesen Sommer begab ich mich mit meinen Freunden auf eine Suche nach Antworten.

Von Ludwig Lorenz.

Als mir meine Mutter von dem Projekt „DiscoverEU“ erzählte, wollte ich es zunächst nicht glauben. Ich kann von der Europäischen Union ein Interrail-Ticket geschenkt bekommen und kostenlos mit Bahn und Bus in die Mitgliedsländer verreisen? Meine Freunde Daniel, Jullien und ich waren gerade mit den letzten Abiturprüfungen fertig geworden. Der Zeitpunkt konnte für uns also nicht besser liegen. Wir bewarben uns auf gut Glück bei „DiscoverEU“ und tatsächlich wurden wir ausgewählt, Botschafter für die erste Probephase des Projekts zu werden. Danach begann eine intensive Zeit der Diskussionen: Wo wollen wir hin? Den Osten Europas erkunden? Einmal in Venedig mit der Gondel fahren? In der Wildnis Skandinaviens zelten? Wir einigten uns schließlich auf eine abwechslungsreiche Route durch Frankreich, Spanien und Portugal. Während wir die Spuren der Mauren in Spanien erforsch-

ten, Flamenco-Tänzer bewunderten oder die Montage eines Airbus A380 besichtigten, haben wir nicht nur viele wunderbare Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen, sondern auch unsere Freundschaft auf Beweis gestellt. Denn trotz der Streitereien, die entstehen, wenn man sich gegenseitig für einen Monat ausgeliefert ist, fanden wir stets die Kraft und den Mut, aufeinander zuzugehen und uns zu vertragen. Belohnt wurden wir dafür mit unzähligen schönen Momenten: Ein besonderes spirituelles Highlight war für mich die mehrstündige Wanderung auf das Felsmassiv Montserrat bei Barcelona. Das dort errichtete Kloster ist eine Pilgerstätte für Gläubige aus aller Welt. Nicht nur die Patina der alten Kirche beeindruckte mich, sondern auch die unvergleichbare Aussicht und die abwechslungsreiche Flora, die beim Erklimmen der steilen Hänge auf mich einwirkten.

Dieser kleine Kontinent Europa ist so erstaunlich vielseitig. Ob im Hostel, in der Bahn oder an der Supermarktkasse: die Menschen, die wir trafen, haben uns herzlich aufgenommen. Ich kann nur jedem empfehlen, eine ähnliche Reise anzutreten. Denn unbezahlbare Erlebnisse lassen die gewiss eintretende Mühe und Erschöpfung am Ende ganz unwichtig erscheinen. Auf die Frage, was mich zu einem Europäer macht, schenkte mir Europa ein Gefühl als Antwort.

Mitarbeiterentsendung nach LUX/BE/FR

Bei Auslandseinsätzen wie Montagen und Bauarbeiten, aber auch bei Dienstreisen zu Messeteilnahmen, Kundenbesuchen und Schulungen sind nationale Bestimmungen zu beachten und Meldepflichten zu erfüllen. Was zu tun ist und welche aktuellen Änderungen es gibt, erfahren Sie bezüglich Frankreich, Belgien und Luxemburg bei einer kostenlosen Veranstaltung des Enterprise Europe Network Thüringen am 13. November in Erfurt. Eine Anmeldung ist erforderlich. Mehr Informationen und den Link zur Anmeldung finden Sie unter: https://www.erfurt.ihk.de/System/vst/424070?portalAction=wide_render&id=305046&terminId=489917

PEFC-Waldhauptstadt 2019

Städte und Gemeinden, die sich in besonderer Form für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung engagieren sowie auf eine langjährige Bewirtschaftung ihrer Wälder nach den PEFC-Standards zurückblicken, können sich bis 23. November um die Auszeichnung „PEFC-Waldhauptstadt“ bewerben. Gewählte Kommunen können den Titel „Waldhauptstadt“ ein Jahr in ihrem Stadtmarketing einsetzen. Zudem stiftet PEFC Deutschland 1.000 Forstpflanzen für Neupflanzungen im Stadtwald und unterstützt die Marketingaktivitäten mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro. 2015 trug übrigens Ilmenau den Titel. Ausführliche Infos gibt es unter: <https://pefc.de/pefc-waldhauptstadt>

Service und Termine

★ Weiterhin sehr gute Chancen bei Erasmus+

Für die nächste Antragsrunde bei Erasmus+ im Schulbereich steigt erneut das Budget: 50 Millionen Euro stehen in Deutschland bereit, um interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen! Die Förderquote lag in diesem Jahr bereits bei 92 Prozent (Fortbildungen) und 95 Prozent (Schulpartnerschaften). Nutzen Sie die guten Förderchancen für Ihre Schule und beginnen Sie Ihre Planung für die Antragsrunde 2019 jetzt. Bewerbungsschluss für Fortbildungen mit Erasmus+ (Leitaktion 1) ist voraussichtlich am 5. Februar 2019. Anträge für Erasmus+ Schulpartnerschaften (Leitaktion 2) können voraussichtlich bis 21. März 2019 gestellt werden. Erfahren Sie mehr unter: www.kmk-pad.org/programme/erasmusplus/

★ Hilfsmittel für Lehrer zu Europas Kulturerbe

Gemeinsames europäisches Kulturerbe gibt es in Literatur, Malerei, Handwerk und Traditionen. Ein von der EU-Kommission für Lehrer entwickelter „Werkzeugkasten“ soll es Schülern ermöglichen, den Wert des gemeinsamen Kulturerbes zu entdecken und zu erforschen. Anlass ist das laufende Europäische Jahr des Kulturerbes. Das Lernmaterial richtet sich an Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 15 Jahren. Es besteht aus einem Onlinespiel, das auf unterhaltsame Weise an das Thema heranführen soll, und aus 15 Projektvorschlägen, die mit der Klasse oder in Arbeitsgruppen umgesetzt werden können. Hier geht's zum Werkzeugkasten: <https://bit.ly/2y3ypFR>

★ Funkloch-App der Bundesnetzagentur gestartet

Die bestehende App der Bundesnetzagentur zur Breitbandmessung ist jetzt so erweitert, dass Bürger Lücken in der Mobilfunkabdeckung melden können – ganz einfach und unbürokratisch. Die App speichert den Standort des Melders und überträgt die Daten, sobald das Handy wieder Internet hat. Auf Grundlage dieser Informationen soll mit den Mobilfunk-Anbietern darüber gesprochen wer-

den, wo die Netze noch weiter verbessert werden müssen. Das Update steht ab sofort für Android und iOS im Google Play Store und Apple App Store zum kostenlosen Download zur Verfügung.

★ Eurodesk berät zu „DiscoverEU“

Nach dem Erfolg von „DiscoverEU“ im Sommer startet die EU-Kommission am 29. November eine neue Bewerbungsphase für Gratis-Reisetickets. Das Jugendinformationsnetzwerk Eurodesk beantwortet die Fragen von jungen Menschen, Eltern und Fachkräften und gibt Tipps, welche Alternativen diejenigen haben, die sich nicht bewerben können oder kein Ticket gewinnen. Mehr unter: <https://bit.ly/2ES9x9V>

★ Deutsch-polnischer Jugendaustausch

Es gibt eine neue Broschüre über den deutsch-polnischen Jugendaustausch. Das Handbuch „Was für eine Begegnung! Aspekte des deutsch-polnischen Jugendaustauschs“ ist ein wichtiges Hilfsmittel bei der Planung, Organisation und Durchführung von Austauschprojekten mit Polen. Praktiker berichten von ihren Erfahrungen und stellen die wichtigsten Aspekte in Form von Checklisten vor. Hier geht's zum Download: <https://bit.ly/2MnJRFu>

★ Fördermittel für weltweite Schulpartnerschaften

Die Antragsunterlagen für Schülerbegegnungen im Jahr 2019, die vom Auswärtigen Amt gefördert werden sollen, sind ab sofort auf der Website des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) veröffentlicht. Insgesamt bietet der PAD vier Förderprogramme an: Das German American Partnership Program, Schulpartnerschaften mit Ost-, Mittelost- und Südosteuropa sowie den Baltischen Staaten, Schulpartnerschaften mit Israel und Schulpartnerschaften der PASCH-Initiative. Zuschüsse zu Austauschbegegnungen können bis zum 15. Dezember beantragt werden. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2PAVee0>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU



Wie Umwelt-freundlich sind Elektro-Autos?

Das EU-Parlament will viele Elektro-Autos

Das EU-Parlament will, dass bis zum Jahr 2020 jedes 5. neue Auto in der EU kein oder nur ganz wenig Kohlen-Dioxid in die Luft pustet.

Praktisch heißt das: Jedes 5. neue Auto in der EU soll ein Elektro-Auto sein.

Ich war gegen solche strenge Vorschriften.

Aber die Mehrheit von meinen Kollegen wollte das so.

Sie glauben, dass sie damit der Umwelt etwas Gutes tun können.



Was ist Kohlen-Dioxid?

Kohlen-Dioxid ist ein Umwelt-schädliches Gas.

Es entsteht zum Beispiel, wenn Benzin verbrennt.

Die meisten Autos verbrennen Benzin, damit sie fahren können.

Elektro-Autos dagegen fahren mit Strom aus der Steckdose.

Dieser Strom wird in einer Batterie gespeichert.



Sind Elektro-Autos gut für die Umwelt?

Ich glaube nicht, dass wir der Umwelt mit möglichst vielen Elektro-Autos etwas Gutes tun.

Natürlich pusten diese Autos beim Fahren kein Kohlen-Dioxid in die Luft.

Dafür entstehen bei der Herstellung von einer einzigen Batterie 5 Tonnen Kohlen-Dioxid.

So viel wiegt ein erwachsener Elefant.

Ein Benzin-Auto muss zwischen 30 Tausend und 100 Tausend Kilometern fahren, um 5 Tonnen Kohlen-Dioxid in die Luft zu pusten.



Wie wird der Strom hergestellt?

Der Strom in Deutschland wird im Moment zum Teil noch aus Braun-Kohle hergestellt.

Bei der Herstellung von Strom aus Braun-Kohle entstehen sehr große Mengen Kohlen-Dioxid.

Wenn Elektro-Autos mit einem großen Anteil an Kohle-Strom fahren, sind sie noch Umwelt-schädlicher als Benzin-Autos.



Elektro-Autos sind teuer

Es gibt auch noch andere Gründe, warum ich nicht gut finde, dass jedes 5. neue Auto ein Elektro-Auto sein soll.

Im Moment sind Elektro-Autos noch sehr teuer.

Viele Menschen haben nicht so viel Geld.

Außerdem landen die alten Benzin-Autos oft nicht auf dem Schrott-Platz, sondern werden in Ost-Europa verkauft.

Dann haben die Menschen dort die schlechte Luft.

Das finde ich nicht fair.

Elektro-Autos können zudem viel schlechter wiederverwertet werden als normale Autos.

Wiederverwerten heißt: Wir nehmen die alten Materialien und machen neue Autos oder Auto-Teile daraus.



Noch ist nichts entschieden

Noch ist die Idee mit den Elektro-Autos kein Gesetz. Ich jedenfalls werde weiter dagegen kämpfen.

Schließlich gibt es noch viele andere Möglichkeiten, Umwelt-freundliche Autos herzustellen.

